

# Gelnhäuser Tageblatt

ZEITUNGSGRUPPE ZENTRALHESSEN

GELNHÄUSER TAGEBLATT / LOKALES / MAIN-KINZIG-KREIS / BRACHTTAL

Brachttal

23.01.2016

## Nur SPD dagegen

### **POLITIK Große Mehrheit im Brachttaler Parlament für Disziplinarverfahren gegen Bürgermeister**

BRACHTTAL - (stp). In namentlicher Abstimmung beschloss die Brachttaler Gemeindevertretung auf Antrag der CDU mehrheitlich, gegen Bürgermeister Christoph Stürz (SPD) ein Disziplinarverfahren bei der Aufsichtsbehörde zu beantragen.

Wie kam es soweit, dass jetzt eine solche Maßnahme gegen Stürz eingeleitet werden soll? Am 16. Juli 2015 wurde das Verschwinden eines Umschlages mit 5642,97 Euro aus dem Tresor im Rathaus von Brachttal entdeckt. Das Bargeld stammte aus der Auflösung des Fördervereins der Seniorenhilfe und des Gesundheitswesens, das der Bürgermeister bereits am 3. September 2014 entgegengenommen hatte. Belege und Informationen an die Gemeindevertretung habe es nicht gegeben, so die CDU. Der Betrag sei nicht zeitnah auf einem Sonderkonto verbucht worden. Stattdessen habe man diesen im Tresor in den Räumen des Bürgerservice deponiert, was nach Aussage von Wolfram Zimmer (CDU) völlig inakzeptabel gewesen sei. Für eine Dauer von zwei Wochen hätte man noch Verständnis gehabt, aber mehr als ein Jahr wäre für die Deponierung im Safe zu lange gewesen. Irgendwann im Zeitraum von September 2014 bis Juli 2015 soll jemand den Umschlag mit dem Geldbetrag aus dem Safe entwendet haben. Seit dem Verschwinden der Summe hatte sich die Situation hinsichtlich der Aufklärung allmählich zugespitzt. Sowohl die Polizei als auch die Staatsanwaltschaft tappen bislang im Dunkeln. Jetzt warf die Brachttaler CDU-Fraktion Stürz eine grobe Verletzung seiner Amtspflichten vor. Der CDU-Fraktions- und Parteivorsitzende Lutz Heer ist mit der Art und Weise nicht einverstanden, wie Stürz mit dieser Sache umgehe. Nachdem der Bürgermeister die Gemeindevertreter und die Öffentlichkeit erst unter Druck über den Sachverhalt informiert habe, liege die Vermutung nahe, dass die Vorwürfe wahr sein könnten. Letztendlich ist für Heer der gesamte Ablauf dieser Angelegenheit der Grund für den Antrag des Disziplinarverfahrens. Man habe seit September versucht, Licht in diese Sache zu bringen. Dies sei nach mehreren Anläufen nicht gelungen. Nachdem der Sachverhalt über zahlreiche nicht-öffentliche Sitzungen zu keiner Aufklärung führte, wollte man diesen jetzt durch eine unabhängige und neutrale Prüfung von der Kommunalaufsicht prüfen lassen. Dies sei nicht nur im Interesse der Gemeindevertretung, sondern besonders auch im Interesse der Öffentlichkeit.

FWB und Bündnis 90/Die Grünen unterstützten diesen Antrag. Die SPD lehnte die Einleitung eines Disziplinarverfahrens ab. Sie vertrat die Ansicht, dass der Bürgermeister nach seiner

Rückkehr aus dem Krankenstand zunächst selbst zu Wort kommen sollte, um zur Klärung der offenen Fragen beitragen zu können.

---

© Gießener Anzeiger Verlags GmbH & Co KG - Alle Rechte vorbehalten

---

Diese Webseite verwendet Cookies, um Dienste bereitzustellen, Anzeigen zu pers  
Zugriffe zu analysieren. Informationen darüber, wie Sie diese Webseite verwenden, w  
weitergegeben. Durch die Nutzung dieser Webseite stimmCookie-Nutzzu.

Schließen